

Die Konzentration von Macht und die #incomunicados

Die Informationsgesellschaft braucht neue politische Strategien und dafür neue Analyseinstrumente. Gesellschaft ist Kommunikation. Menschen setzen soziale Impulse, andere Menschen reagieren darauf. Es gibt vier Kanäle, um solche sozialen Impulse zu setzen: Über Beziehung, Gewalt, Entlohnung oder Information. Historisch dominieren sie in dieser Reihenfolge. Beziehung ist unser wichtigster Kanal für unser engeres persönliches Umfeld, erlaubt aber nicht, größere soziale Strukturen als Familien und kleine Stämme zu schaffen. Das gelang der Menschheit erst mit der Entwicklung des Ackerbaus und damit der Sesshaftigkeit. Erst als Menschen sich lieber unterordneten als zu fliehen, konnte man mit dem Impulskanal Gewalt größere Reiche schaffen. Herrscher waren fortan Heerführer. Mit der Arbeitsteilung und einer immer effizienteren Wirtschaft wurde aber Entlohnung wichtiger, ab dem Mittelalter stieg die Bedeutung des Geldes. Wer viel davon hatte, konnte starke Impulse setzen. In den liberalen Revolutionen der westlichen Kultur überwand das Bürgertum den Adel: Sein Machtfaktor war das Eigentum, nicht das Schwert. Seitdem dreht sich politische Theorie maßgeblich um die Frage, wie man Kapital und Eigentum organisiert, wie man die Gesellschaft mit dem Impulskanal Entlohnung strukturiert. Parallel dazu war der Impulskanal Information immer von hoher politischer Bedeutung. Die Bürokratien der frühen Reiche entwickelten Schrift und Gesetz, der Kapitalismus Buchdruck und Nachrichtenwesen. Nun steht ein weiterer Quantensprung bevor: Die Digitalisierung wird unsere Gesellschaft so sehr verändern, dass mittels Öffentlichkeitsarbeit, Nachrichten, Social Media, Überwachung, Big Data, Robotern, künstlicher Intelligenz und vieler anderer Entwicklungen die Gesellschaft stärker beeinflusst werden kann als durch Entlohnung. Information – oder genauer: Wissen, also verfügbare Information – erlaubt in Zukunft soziale Impulse, die mehr Einfluss entfalten als Kapital. Aber wie bei Beziehung, Gewalt und Entlohnung werden nicht alle gleich daran teilhaben, Macht wird sich wieder konzentrieren. Dieses Buch ist jenen gewidmet, die von einflussreicher Kommunikation ausgeschlossen werden: den Incomunicados. Es soll Wege und Strategien des Widerstands zeigen.

#2 – Eine Theorie

Netz- und Medienpolitik gilt immer noch als ein Randthema für ein paar Nerds, besonders im deutschen Sprachraum. Das ist erstaunlich, denn im 20. Jahrhundert haben die wichtigsten Beiträge gerade der deutschen Philosophie und Soziologie die Bedeutung von Kommunikation für die Gesellschaft herausgearbeitet.

Das beginnt mit Georg Simmel, der 1900 über Geld nicht ökonomisch, sondern soziologisch und letztlich kommunikationstheoretisch schrieb, und mit Max Weber, der das soziale Handeln, also den kommunikativen Akt, zur zu untersuchenden Grundeinheit seiner Wissenschaft machte. Webers Idee dient hier als ein zentraler Ausgangspunkt für eigene Überlegungen. Unsere Grundeinheit ist der soziale Impuls: eine Handlung, die eine Handlung beeinflusst. Dazu gleich mehr.

Theodor W. Adorno und Max Horkheimer haben mit ihrer Kritik von Aufklärung und Kulturindustrie versucht, große gesellschaftliche Entwicklungen über die Veränderung und Beeinflussung des Kommunikationsverhaltens zu erklären, dabei aber noch auf marxistische und damit letztlich ökonomische Theorie zurückgegriffen. Das halte ich, bei aller Wertschätzung, für einen grundlegenden, konzeptionellen Fehler.

Vor allem zwei Autoren, die sich auch einen erbitterten Streit lieferten, präsentierten ab den 1970er-Jahren ausgefeilte Kommunikationstheorien, mit denen sich soziologische und politische Probleme analysieren lassen: Jürgen Habermas mit seiner Theorie des

kommunikativen Handelns und Niklas Luhmann mit der Systemtheorie. Die Unterschiede zwischen beiden Modellen sind groß: Habermas suchte eine Methode, um die Welt zu verbessern, Luhmann wollte sie nur beschreiben und analysieren. Habermas setzte auf eine Mikrotheorie, die den einzelnen kommunikativen Akt untersucht, vor allem den Sprechakt. Luhmann interessierte die Makrotheorie, das große Ganze, das Verhalten von Sozialsystemen, nicht von Menschen. Beide Zugänge haben ihre Vorteile, die beiden großen Theorien bleiben aber unvereinbar. Dennoch kann und sollte man von beiden wichtige Impulse nehmen.

Beginnen wir mit Jürgen Habermas. Er untersuchte, wie sich die Kommunikation im öffentlichen Raum entwickelte, vor allem im zeitlichen Umfeld der bürgerlichen Revolutionen. Im Absolutismus war öffentliche Kommunikation gleichbedeutend mit Repräsentation der Herrscherschicht, ihre streng protokollarisch geregelten Auftritte sollten ihre Macht zeigen und auch legitimieren. Daneben entstand aber im 18. Jahrhundert eine neue Öffentlichkeit: In Salons und Kaffeehäusern, in Büchern und Zeitschriften diskutierte das Bürgertum, nicht nur, aber auch über Politik. Und in dieser neuen Struktur wurden die höfischen Rituale verlacht, die Autorität des Adels untergraben, die alten Gewissheiten hinterfragt, das politische System herausgefordert und letztlich die Gesellschaft verändert.

Wir erleben gerade Ähnliches: Die Öffentlichkeit der repräsentativen Demokratie wurde geformt von Politikern, Ökonomen, Managern, PR-Beratern und einigen wenigen entscheidenden Redakteuren in Massenmedien, die den öffentlichen Diskurs in Zeitungen, Radio und Fernsehen führten. Jedes Land hatte da seine eigene Öffentlichkeit. Diese Menschen, zum überwiegenden Teil Männer, waren keine Freunde, die an einem Strang zogen, aber sie saßen im selben Boot. Sie haben sich gegenseitig Autorität und Legitimation verliehen, dieses Establishment hat in den letzten Jahrzehnten den Staat und seine politische Sphäre definiert und repräsentiert und sich gegenseitig unterstützt und bekämpft, gelobt und kritisiert – und vor allem das System als solches umgeformt: von der sozialstaatlichen zur marktkonformen Demokratie. Das war die Errichtung einer neuen höfischen öffentlichen Sphäre, in der man Berichterstattung über Politik und Finanzmarkt oft kaum noch unterscheiden kann.

Jetzt passiert wieder ein Strukturwandel von unten, der diese höfische Repräsentation untergräbt: Es entsteht eine neue Öffentlichkeit auf Facebook und Twitter, in Blogs und Zeitungsforen, auf YouTube und WhatsApp, und diese neue Öffentlichkeit stellt die Prioritäten unseres politmedialen Komplexes in Frage – und ja, sie untergräbt damit auch die Legitimation des Systems als Ganzes. Lesen Sie einfach mal auf einer beliebigen online-Plattform während einer politischen Diskussion im Fernsehen mit... Sie werden selten das Gefühl haben, dass hier legitime Repräsentanten die Meinung der Bevölkerung vertreten.

Ich glaube, dass der digitale Strukturwandel der Öffentlichkeit in den nächsten Jahrzehnten noch weitreichender sein wird, als der von Habermas untersuchte, denn digitale Information wird nicht nur eine begleitende Rolle in diesem Prozess spielen, sondern die entscheidende.

Um das Wie zu erklären, greife ich auf eine Idee von Niklas Luhmann zurück: Er entwickelte eine detaillierte Theorie sozialer Systeme, die aus Kommunikationen bestehen und definierte „generalisierte Steuerungsmedien“ für diese Systeme: Geld für die Wirtschaft, Macht für die Politik, Liebe für private Beziehungen, Wahrheit für die Wissenschaften. Mit diesen Steuerungsmedien koordinieren sich die Menschen innerhalb des jeweiligen Systems primär: KundInnen und Unternehmen tauschen Geld gegen Güter, BeamtInnen führen die Anweisungen der MinisterInnen aus und wir alle tun zumindest hin und wieder etwas aus Liebe. Hoffentlich.

Allerdings lag auf den generalisierten Steuerungsmedien nicht der Fokus von Luhmanns Arbeit. Er hat nie eine vollständige, in sich geschlossene und logische Systematik erarbeitet – denn natürlich koordinieren wir uns nicht nur mit Liebe, sondern auch mit Hass und Freundschaft und Abneigung und Schuldgefühlen und so weiter. Er hat „Macht“ für das politische System ebenso unbefriedigend definiert wie „Wahrheit“ als Steuerungsmedium für die Wissenschaft. Und vor allem: Es fehlen die Schnittflächen zwischen diesen Systemen und Steuerungsmedien. In der Politik wird nicht nur mit hierarchischer Macht gesteuert, sondern zum Beispiel auch mit wissenschaftlichen Studien – und die zeigen oft genug nur eine Wahrheit: Eine Faktenauswahl und Interpretationen, die den Auftraggebern nützen...

Dennoch liefert Luhmann damit die Vorlage für die wichtigste Grundidee dieses Buches: Das dominante soziale Steuerungsmedium unserer Gesellschaft ist das Kapital – doch Information befindet sich in einem rasanten Aufstieg.

Um diesen Prozess zu untersuchen, müssen wir Luhmanns Konzept der generalisierten Steuerungsmedien anpassen und weiterentwickeln. Es hat sich für mich allerdings gezeigt, dass seine Systemtheorie dafür kein geeigneter Rahmen ist. Unter anderem das völlige Fehlen der Mikroebene ist ein zu großer Nachteil, wenn man sich auch für konkrete Handlungsschritte für AktivistInnen interessiert (und Versuche von Luhmanns Nachfolgern, dieses Manko etwa für die Organisationsberatung auszugleichen, sind eher umständlich und misslungen).

Daher erscheint es mir sinnvoll, eine neue Begrifflichkeit für das neue Modell zu wählen: Ich werde von Impulskanälen statt Steuerungsmedien sprechen. Das scheint mir passender, weil „Steuerung“ geplante Maßnahmen mit vorhersagbaren Konsequenzen bedeutet – aber viele soziale Impulse ganz ohne Absicht gesetzt werden. Den Begriff „Medien“ ersetze ich durch „Kanäle“ vor allem, um Missverständnisse zu vermeiden: Es wird hier viel um Medien im klassischen Sinn wie Bücher, Zeitungen oder das Internet gehen.

Welche Systematik von Impulskanälen ist sinnvoll? Welche hilft uns bei unserem Ziel, die Entwicklung einer Informationsgesellschaft zu beschreiben? Ich bin bei der Arbeit an diesem Konzept über zehn Jahre lang nach dem Prinzip Versuch und Irrtum vorgegangen: Ich habe Situationen meines politischen, beruflichen und auch privaten Lebens so lange seziert, bis ich zu Definitionen und Einteilungen gelangt bin, die viable, also praktisch anwendbare, Analysen dieser Situationen erlaubt haben. Das Resultat: Jede zwischenmenschliche Kommunikation lässt sich für unsere Aufgabenstellung sinnvoll mit vier Impulskanälen beschreiben:

- eine persönliche Beziehung zwischen den Handelnden
- der Einsatz oder die Androhung von Gewalt
- die Entlohnung mit oder den Entzug von materiellen Vorteilen
- relevante Information.

Mit Beziehung, Gewalt, Entlohnung oder Information: Das sind die vier Möglichkeiten, wie ein Mensch einen anderen dazu bringen kann, etwas zu tun. Alle sozialen Impulse, die wir setzen können, um das Verhalten anderer Menschen zu beeinflussen, bedienen sich eines oder mehrerer dieser vier Kanäle. Über sie koordiniert sich die Gesellschaft, vom Liebespaar bis zum Staatenbund.

Beziehung war der wichtigste Koordinationsfaktor in Urgruppen und ist es bis heute in Familien und persönlichen Netzwerken, bis hinauf in höchste politische Gremien. Man kennt sich, man schätzt oder hasst sich, man beeinflusst sich.

Gewalt wurde gegen andere Gruppen angewandt, die Schwächere floh wann immer möglich. Innerhalb einer Gesellschaft wurde Gewalt erst politisch dominant, als der Ackerbau entstand und das Aufgeben der Heimat mehr Nachteile brachte als die Unterordnung unter einen Stärkeren. Es entstanden Dörfer, Städte und Staaten und wer die Armee kontrollierte, war König oder Kaiser. Die Geschichte der Menschheit ist über Jahrtausende ein Organisationsexperiment, wie man auf der Grundlage von Gewalt möglichst große und stabile soziale Strukturen errichten kann.

In der frühen Neuzeit wurden die Heerführer von den Kaufleuten abgelöst, Geld und Güter – also Entlohnung – wurden die wichtigste Koordinationsgrundlage. Heute leben wir in einer weitgehend ökonomisierten Gesellschaft. Viel Geld bedeutet also großen Einfluss, mit sehr viel Geld kann man die Gesellschaft dominieren. Wir nennen unser System daher „Kapitalismus“.

Die Märkte sind die dominante Arena für gesellschaftliche Entscheidungsprozesse. Die radikalste, konsequenteste politische Theorie dazu ist der Neoliberalismus, der praktisch die gesamte Organisation der Gesellschaft über den Markt fordert. Dem zu Grunde lag ein tiefes Misstrauen der neoliberalen Vordenker gegen Machtkonzentrationen – und das bedeutete zu ihrer Zeit vor allem: gegen den Staat. Heute ist ihr Theoriegebäude der Vorwand für ein kapitalistisches System, das sich ins Gegenteil einer neuen Freiheitsideologie verkehrt. Die Neoliberalen dachten, dass der Markt alle Machtkonzentrationen zerschlagen wird, statt dessen bildet sich eine Allianz von Großkonzernen, Institutionen und Regierungen heraus: Die marktkonforme Demokratie, wie Angela Merkel es nannte, oder um mit Slavoj Žižek zu sprechen: der autoritäre Kapitalismus.

Aber Geschichte bleibt nicht stehen und es gibt Alternativen. Darum geht es hier.

Wenn wir uns, wie oft behauptet wird, tatsächlich auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft befinden, dann wird die Bedeutung von Information für die soziale Koordination und damit auch für die Politik steigen: Immer mehr Menschen werden immer mehr über die Politik wissen, mehr darüber reden – und schließlich mehr mitreden wollen.

Wenn die Bedeutung von Information steigt, bedeutet das, dass jene von Entlohnung zumindest im Verhältnis dazu sinken muss. Das könnte (und sollte!) dazu führen, dass die Demokratie den Primat über die Märkte gewinnt. Denn Demokratie, zumindest so wie sie seit der Aufklärung verstanden wird, ist in ihrer Idealform die Koordination eines Gemeinwesens über Information. Oder besser gesagt: Über Wissen, denn Information muss sortiert, nutzbar gemacht, verarbeitet und angewendet werden. Im Falle von Demokratie heißt das: Positionen diskutieren, Argumente abwägen, Mehrheiten überzeugen, Entscheidungen treffen. So koordiniert sich eine Gesellschaft mit Wissen. Die Digitalisierung kann diese Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten massiv vorantreiben.

Klingt diese Vision utopisch? Undurchführbar in dieser Gesellschaftsordnung, durchführbar in einer anderen, dienen die Vorschläge, welche doch nur eine natürliche Konsequenz der technischen Entwicklung bilden, der Propagierung und Form dieser anderen Ordnung. Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, darüber nachzudenken, warum es utopisch ist.

Von Impulsen zu sozialen Systemen

Die vier Impulskanäle Beziehung, Gewalt, Entlohnung und Information spielen in gesellschaftlichen Prozessen zusammen.

Ein Beispiel: Am Straßenrand steht ein Tempolimit-Schild, das arbeitet mit dem Impulskanal Information. Aber das reicht nicht: Wer sich von der Information nicht in seinem Handeln beeinflussen lässt und erwischt wird, erhält einen Strafzettel (Entlohnung lässt sich also auch negativ anwenden, hier durch den Entzug des Gutes Geld). Aber das reicht auch nicht: Was, wenn man die Strafe einfach nicht bezahlt? Nun, in letzter Konsequenz werden irgendwann kräftige Polizisten auftauchen und einen ins Gefängnis stecken: Impulskanal Gewalt. Der Staat behält sich daher auch das Gewaltmonopol vor, er ist in modernen Demokratien der einzige, der diesen Kanal (und nur nach klaren Regeln) anwenden darf.

Das Beispiel mit dem Tempolimit zeigt, dass die Gesellschaft sehr komplexe Strukturen entwickelt hat, um ihre Kommunikationen zu regeln. Wenn wir auf die Bremse steigen, denken wir nicht daran, dass wir uns dem Gewaltmonopol des Staates beugen. Aber in letzter Konsequenz tun wir genau das, weil wir die Struktur dieser Interaktion schon so verinnerlicht haben.

Nun verändern sich die Strukturen mit den Möglichkeiten des Handelns und der Interaktion – zu Zeiten der Pferdekutsche haben staatliche Organe keine Reisegeschwindigkeiten kontrolliert. In veränderten Strukturen wirken die vier Impulsmedien eventuell anders. Die Geschichte ist ein Wechselspiel von Strukturen und Möglichkeiten – und genau das ist das weitere Untersuchungsfeld dieses Buches.

Die kleinste Einheit unserer Untersuchung ist der Impuls: Ein Ereignis, welches das Verhalten eines Menschen beeinflusst: Zum Beispiel ein plötzlicher Regenguss, auf den ein Mensch reagiert und in das nächste Kaffeehaus flüchtet. Das wäre ein Umweltimpuls. Ein sozialer Impuls dagegen wird von einem anderen Menschen gesetzt. Also wenn einer zum anderen „Es beginnt zu regnen, lass uns ins Kaffeehaus gehen“ sagt. Oder wenn Rosa Parks sich in einem Bus in Montgomery weigert, ihren Sitzplatz für einen Weißen freizumachen.

Kommunikation ist das Setzen und Empfangen von sozialen Impulsen. Daraus ergeben sich Interaktionen, aus sich wiederholenden Interaktionen erlernen wir Muster. Manche dieser Muster sind so standardisierte Strukturen, dass wir mit wildfremden Menschen, die wir noch nie gesehen haben, interagieren können: Wir müssen beim erstmaligen Betreten eines Kaffeehauses nicht fragen, ob wir am Ende für unsere Konsumation zahlen müssen – dieses Muster haben wir schon als Kind erlernt. Und auch, dass wir im Fast Food-Restaurant bei der Bestellung sofort bezahlen. Manche Strukturen sind formal festgehalten, die meisten informell; sie sind veränderbar, aber sehr oft nicht ohne einen Kampf wie jenen von Rosa Parks. Oft reicht es nicht, die formalen Strukturen zu ändern, wenn informelle noch lange dieselbe Wirkung erzielen. Nicht nur Antirassistinnen und Feministen können davon eine sehr lange Geschichte erzählen.

Wenn Luhmann sagt, dass soziale Systeme aus Kommunikationen bestehen, und autopoietisch, also selbstschöpfend seien, dann bedeutet das in der Sprache der Impulsanalyse: Soziale Systeme bestehen aus Mustern, deren Impulse sich selbst wieder aufrufen. Ein Freundeskreis kann nur ein soziales System sein, wenn er irgendeine Routine hat, nach der man immer wieder zusammenkommt – ein zufälliges Aufeinandertreffen mehrerer Menschen ergibt noch kein soziales System.

Wenn soziale Systeme auf einen Zweck zielgerichtet sind, nennen wir sie Organisationen. In Strukturen, Systemen und Organisationen wird von Menschen erwartet, dass sie gewisse Impulse setzen: ein Gast hat sich im Kaffeehaus anders zu verhalten als ein Kellner, ein Bürger hat sich im Staat anders zu verhalten als ein König, Frauen hatten sich auch in aufgeklärten Ländern bis vor wenigen Jahrzehnten klar dem Ehemann unterzuordnen und in vielen Staaten gilt das heute noch. Das sind unterschiedliche Rollen. Der soziale Status einer Person besteht aus der Summe ihrer Rollen.

Wenn Habermas für den Strukturwandel der Öffentlichkeit in der Aufklärung nun also festhält, dass die Kommunikation in Zeitungen und Kaffeehäusern die Autorität des Adels zersetzt hat, indem die repräsentative, höfische Öffentlichkeit der Adelsgesellschaft entwertet und durch eine bürgerliche Öffentlichkeit ersetzt wurde, dann redet er – übertragen in die Impulsanalyse - über soziale Impulse, die Muster und Strukturen der Gesellschaft hinterfragt und damit Rollen und letztlich den Status der Herrschenden verändert haben.

Auch die höfische Öffentlichkeit war ein soziales System, in dem Impulse so gesetzt wurden, dass es sich immer wieder selbst aufrief und seine Muster wiederholte. Mit dem Entstehen der bürgerlichen Öffentlichkeit stellten die Menschen diese Strukturen in Frage – das war die Aufklärung – und als ausreichend viele sich weigerten, ihre Interaktionen innerhalb dieser Muster fortzusetzen, war das Zeitalter der Revolutionen gekommen. Es folgte eine lange Zeit des Chaos, bis wieder neue Strukturen etabliert waren, die sich stabil reproduzierten.

So können wir mit der Impulsanalyse über Habermas und Luhmann reden, über Mikro- und Makrotheorie, wir können zoomen und einen einzelnen sozialen Impuls beschreiben, etwa wenn Thoreau sich weigert, in einem Unrechtstaat Steuern zu zahlen und aus Protest ins Gefängnis geht, oder das große Ganze betrachten und nachvollziehen, wie die Abschaffung der Sklaverei, das Frauenwahlrecht oder die Meinungsfreiheit in unsere sozialen Systeme integriert wurden.

#3 – Strukturen entwickeln

Menschen interagieren also miteinander, indem sie Impulse setzen und auf Impulse reagieren. Dabei folgen sie bekannten Mustern innerhalb von Strukturen, die sie größtenteils erlernen – von ihrer Umwelt, von anderen Menschen. Aber wir sind keine Roboter, keine Computer, wir arbeiten Impulse nicht nach starren Algorithmen ab. Hin und wieder stößt ein Mensch auf ein Verhalten eines anderen, das nicht den bisherigen Mustern entspricht. Auf diesen Impuls kann er nicht innerhalb von vertrauten Mustern reagieren.

Ich nenne das eine komplexe Interaktion: Sie folgt im Gegensatz zur einfachen Interaktion keinem allen TeilnehmerInnen bekannten Muster, sondern mindestens eine Person muss die unbekannte Situation neu bewerten, egal ob rational oder instinktiv, und sich für eine Reaktion entscheiden.

Manchmal wird sie nur den Kopf schütteln und weitermachen wie bisher, manchmal wird sie aggressiv reagieren, manchmal vielleicht flüchten. Und manchmal wird die Person das neue Verhalten beobachten, für gut befinden und kopieren – in ihre eigenen Verhaltensmuster aufnehmen. In einem Urlaub in einem fremden Land mit fremder Kultur sind wir zunächst in lauter komplexe Interaktionen verstrickt, weil wir eben die Verhaltensmuster dieser Kultur nicht kennen. Sobald wir sie Schritt für Schritt erlernen, beginnen wir uns etwas heimisch zu fühlen.

Ein Homo Sapiens im Nahen Osten entdeckte irgendwann vielleicht, dass Pflanzen dort wachsen, wo seine Kinder im Vorjahr Samen in die Erde gedrückt hatten – und probierte das im nächsten Jahr selbst. Andere beobachteten ihn dabei, redeten mit ihm darüber und machten es ihm nach. Sie erfanden so oder so ähnlich die Landwirtschaft, die neolithische Revolution. Ihre Verhaltensmuster änderten sich, sie wurden sesshaft und die Dinge nahmen ihren Lauf.

Von der Beziehung zur Gewalt

In Urgruppen war wohl Beziehung der wichtigste Kanal für soziale Impulse. Stabile, relevante Beziehungen kann man aber nur zu einer begrenzten Anzahl von Menschen aufbauen. Der Anthropologe Robin Dunbar hat eine Vielzahl von Hinweisen zusammengetragen, dass die Grenze dafür bei etwa 150 Personen liegt.

Gewalt als Impulskanal erlaubt wesentlich größere Strukturen – wenn Menschen nicht fliehen, sondern sich unterordnen. Mit der Entwicklung des Ackerbaus und der Sesshaftigkeit und einer steigenden Bevölkerungsdichte wurde also Gewalt ein immer wichtigerer Impulskanal. Eine interessante Frage wäre, ob die Entstehung des Patriarchats (also der Herrschaft des körperlich kräftigeren Geschlechts) historisch Teil dieses Entwicklungsprozesses ist, das wird sich aber wohl nie klären lassen.

Die Geschichte der Entstehung der frühen Reiche ist aus organisationstheoretischer Sicht eine Geschichte der Experimente, wie man mit Gewalt große Strukturen und Organisationen aufbauen kann. Deshalb stützten sich Herrscher immer auf Krieger, waren meist selbst Heerführer. Güter (für die Entlohnung von Söldnern) und Information (zum Beispiel Religionen, welche die Gewaltstrukturen gerechtfertigt haben) waren nachgelagerte Impulskanäle.

Das gilt zum Beispiel auch für die athenische Demokratie. Sie war eine gemeinsame Gewaltherrschaft von Männern, die Gutshöfe besaßen und sich Waffen und Rüstungen leisten konnten. Sie hielten sich gegenseitig in Schach und teilten sich die Herrschaft über Frauen, Sklaven, Bauern und Kaufleute. Die Ausweitung der Demokratie auf untere Stände war kein moralischer Akt, weil man die Rechte dieser Menschen erkannt hätte, sondern ging Hand in Hand mit dem Ausbau der Kriegsflotte: Mit den militärischen Erfolgen Athens wuchs der Kreis der Beherrschten, damit musste auch der Kreis der Beherrscher wachsen. Athen brauchte mehr Soldaten, man gab den unteren Ständen Waffen und damit folgten auch mehr Rechte. Bewaffnete kann man schlecht unterdrücken. Irgendwann war der Bogen überspannt, das System wurde instabil, das Reich kollabierte.

Rom fand einen anderen Weg, um viele Menschen zu bewaffnen und dennoch zu kontrollieren. Die Republik bezahlte die Legionäre, statt ihnen Rechte zu geben: ein niedriger Tagessold und ein hohes Entlassungsgeld nach einigen Dienstjahren sollten die Loyalität kaufen. Es war Julius Cäsar, der erkannte, dass diese Loyalität dann dem Auszahlenden und nicht der Republik galt. Er verschuldete sich hoch, warb Soldaten an und putschte sich zum Alleinherrscher.

Die Römer kauften also ihre Legionen, den Impulskanal Beziehung nutzten sie für ihre Ränkespiele auf dem Kapitol (präzise nachzulesen bei Cicero), Information aus fernen Gegenden war ihnen so wichtig, dass sie sogar Postdienste schufen. Aber dass Gewalt die Grundlage ihrer Macht ist, war unbestritten.

Die Vorstellung, dass man die gesamte Gesellschaft politisch über den Austausch von Geld und Gütern organisieren könnte, wäre den Menschen Jahrtausende lang abstrus erschienen.

Geld soll mächtiger sein als ein Schwert? Selbst Cäsar hätte über die Vorstellung wohl gelacht. Und doch leben wir jetzt in einer solchen Gesellschaft.

Von der Gewalt zur Entlohnung

Der Umbruch begann mit der frühen Renaissance, im 11. und 12. Jahrhundert, als in italienischen Städten erstmals Kaufleute und Bankiers mächtiger wurden als Fürsten und Heerführer. Mächtiger heißt, sie konnten einflussreicher kommunizieren. Mit Geld. Geld, also die Abstraktion von Gütern, wurde zum dominanten Impulskanal. Die ganze Geschichte der bürgerlichen Revolutionen, die ganze politische Philosophie der letzten Jahrhunderte, von Hobbes über Locke über Rousseau über Jefferson bis Marx, erzählt diese Geschichte: Entlohnung verdrängt die Gewalt als wichtigsten Impulskanal der Menschheit. Wirtschaft wird wichtiger als das Militär, und die Militärs müssen sich in die neuen Strukturen einfügen. Sie haben es nicht getan, ohne viel Blut zu vergießen. Und in vielen Diktaturen der Welt kämpfen sie immer noch. Doch in den modernsten Nationen ist Gewalt im politischen Prozess ein untergeordneter Kanal.

Thomas Hobbes warnte vor dieser Entwicklung noch, als er 1650 seinen Leviathan schrieb und den mit absoluter Macht und Gewalt regierenden Herrscher als Garant der politischen Ordnung pries. Einige Generationen später war es ein Moralphilosoph, der den Austausch von Gütern als Basis der Gesellschaft definierte: Adam Smith legte 1776 in seinem Wohlstand der Nationen das Geschick der Welt in die unsichtbare Hand des Marktes. Für Smith war es Gott, der hinter dem Markt die Fäden zog, aber da Gott sich selten blicken lässt, wurden die Kaufleute und Bankiers seine Vertreter auf Erden, so wie zuvor alle Kaiser, Könige, Pharaonen, Shahs und so weiter „von Gottes Gnaden“ herrschten.

Smith war der erste moderne Nationalökonom. In seinem breit angelegten Werk entwickelte er eine ganze Reihe an Ideen, die das, was die Menschheit unter Wirtschaft verstand, für immer veränderten. Gleich im ersten Kapitel stellte Smith die Arbeitsteilung vor: Bei der Herstellung eines Produktes sollte nicht mehr ein Handwerker alle Arbeitsgänge durchführen, sondern eine Gruppe von Arbeitern sich auf jeweils eine Tätigkeit beschränken. Was uns heute so normal erscheint, war vor knapp über 200 Jahren eine Sensation. Die Produktivitätsgewinne waren enorm, die sozialen Auswirkungen auch: Die Arbeitsteilung beendete die Jahrhunderte alte Beziehung von Meistern und Gesellen, sie wurden jetzt Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

Die vielen Waren mussten natürlich gehandelt werden und Smith machte sich auch darüber Gedanken. Auf einem freien Markt, so seine Idee, würde die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage wie von selbst Preise und Produktionsmengen steuern. Eine „unsichtbare Hand“ würde diese Faktoren stets im Gleichgewicht halten und alle Ressourcen bestmöglich verteilen. Jede Regulierung von Seiten des Staates störte da nur. Die Fürsten, so Smith'

ausführlich behandelte Empfehlung, sollten sich um die Einhaltung der Gesetze durch die Bürger kümmern, die militärische Sicherheit der Länder garantieren und diese nach außen hin repräsentieren – aber sonst bitte nicht weiter stören.

Dem ohnehin schon waidwunden Feudalismus rammte der Ökonom damit wenige Jahre vor der französischen Revolution einen weiteren Dolch in die Brust. Das Bürgertum, vor allem reiche Händler, konkurrierten bereits seit langem mit Fürsten um Einfluss und Macht, aber Smiths Werk legitimierte diese Machtverschiebung. Die Feudalherrschaft hatte ihre Legitimität von Gott hergeleitet. An seine Stelle trat nun der Markt.

Und vor den Augen dieser obersten, unfehlbaren Instanz waren nach Smiths Vorstellung alle Menschen gleich. Jeder war ab sofort seines eigenen Glückes Schmied.

Der Markt als politische Idee

1803 goss Jean-Baptiste Say diesen Gedanken in ein Dogma, in das Say'sche Theorem:

„Da die einzige Einsatzmöglichkeit für Geld der Kauf anderer Produkte ist, öffnen die Umstände der Erschaffung eines Produktes einen Weg für andere Produkte.“ Oder anders gesagt: Angebote schaffen immer Nachfragen.

Das klingt unspektakulär, führte aber zu weitreichenden Schlussfolgerungen. Übertragen auf den Arbeitsmarkt sagt Says Theorem zum Beispiel: Wenn du deine Arbeitskraft anbietest, wird sie irgendwann auch jemand kaufen. Arbeitslosigkeit kann also langfristig nur freiwillig sein. Jede Regulierung des Staates, wie Kündigungsschutz oder Mindestlöhne beeinträchtigen dieses Prinzip und schaden daher. Jeder Markt strebt automatisch zu einem Gleichgewicht, jedes Gesetz, das ihn beeinflusst, kann nur stören.

Das Theorem ist unbewiesen und unwiderlegt, auch weil es noch nie einen vollkommen unregulierten Markt gab – und aus eben diesem Grund wohl auch in Zukunft nie beweisbar oder widerlegbar. Es ist eine Glaubenssache. Bis heute sind weite Teile der wirtschafts-politischen Auseinandersetzungen, egal ob akademisch-theoretisch oder politisch-praktisch, von einer Auseinandersetzung der Gläubigen und der Ungläubigen geprägt: Muss man Gesellschaft gestalten oder die Finger davon lassen, weil sie sich nach ewigen Prinzipien selbst reguliert?

Ich gehöre da zu den Ungläubigen. Dafür habe ich viele Gründe. Zum Beispiel halte ich für vermessen, übergeordnete Prinzipien anzunehmen, die von einem Gott geschaffen oder auch zufällig genau so aufgebaut sind, dass auf irgendeinem Planeten in irgendeinem Sonnensystem eine nur wenige Jahrtausende existierende Gesellschaft irgendeiner bestimmten Spezies sich optimal entwickelt – und dass der homo sapiens genau jetzt, an diesem Zeitpunkt in der viele Milliarden Jahre alten Geschichte des Universums, auf diesem Planeten, an diesem Punkt ist.

Impulsanalytisch begründe ich es so: Es gibt vier Impulskanäle, die immer in einer Gesellschaft wirken. Die Says Theorem zugrundeliegende Vorstellung, dass man alle Interaktionen auf einen davon reduzieren und die drei anderen Kanäle ausschalten könnte, ist falsch. Jeder Markt braucht zum Beispiel ein Eigentumsrecht und für seine Durchsetzung wurde in der Geschichte immer Gewalt eingesetzt – entweder durch Selbstschutz oder durch staatliche Stellen.

Says Idee und seine Konzentration auf den Impulskanal Entlohnung kommen aber nicht von ungefähr, sie sind nachvollziehbar: Er lebte schließlich in genau jener Zeit, als die Entlohnung zum wichtigsten Impulskanal wurde und die Gesellschaft radikal umwälzte. Ein anderer großer Denker blickte wenige Jahrzehnte später durch dieselbe Brille auf die Geschehnisse und kam zu ganz anderen Ergebnissen: Karl Marx.

Der Aufstieg der Entlohnung begann zwar in der Renaissance und beschleunigte sich mit dem Handel, aber ihr endgültiger Durchbruch als wichtigster Impulskanal kam mit der Dampfmaschine und der industriellen Revolution und damit der Schaffung einer Arbeiterklasse. Marx kann man vor diesem Hintergrund so lesen: Er wollte den wichtigsten Impulskanal seiner Zeit nicht in der Hand einiger weniger konzentrieren, sondern alle gleichberechtigt darüber verfügen lassen. Folgerichtig heißt sein zentrales Werk auch "Das Kapital"

und nicht "Die Arbeit". Das Kapital ist der neue Machtfaktor und Marx untersucht, wie es entsteht und sich akkumuliert. Sein Trugschluss war wohl, dass eine Vergemeinschaftung der Produktionsmittel auch den Impulskanal demokratisieren würde. Dem war nicht so, statt den Kapitalisten verfügten bald die kommunistischen Parteikader darüber. Und sie haben mit Beziehung, Gewalt und Information (Prawda) ihre Macht gefestigt.

Marx hat damit denselben Fehler gemacht wie Adam Smith und Jean-Baptiste Say: Er hat nur den Impulskanal Entlohnung untersucht. Und so geht es seit dem weiter. Politische Lösungsansätze sind seit langem primär ökonomische Lösungsansätze: Kommunismus. Neoliberalismus. Soziale Marktwirtschaft. Green New Deal. Participatory Economy. Gemeinwohlökonomie. Und. Und. Und. Wir suchen 100.000 Wege, die Politik zu gestalten, indem wir über die Wirtschaft nachdenken. Über den Impulskanal Entlohnung. So weit die Modelle auseinanderliegen, so ähnlich sind sie sich in dieser Hinsicht.

Wir müssen viel mehr über die Wirkung von Information nachdenken.

Wissen als entscheidender Machtfaktor

Dass Information bzw. Wissen für die Koordination der Gesellschaft wichtiger als Geld und Güter sein könnte, mag utopisch erscheinen. Ich bin sicher, in der Renaissance erschien es den Fürsten mit ihren Armeen auch sehr utopisch, dass sich Menschen irgendwann mal organisieren, indem sie sich gegenseitig Geld überweisen, von dem der größte Teil niemals bar abgehoben wird. Wir agieren aufgrund von Zahlen in Computern, die abstrakte Güter repräsentieren. Dass wir das organisatorisch auf die Reihe gekriegt haben, ist alles andere als selbstverständlich. Und es sollte Mut machen.

Information war vermutlich kaum zu trennen von Beziehung, solange die Menschheit auf verbale Kommunikation angewiesen war. Das änderte sich mit der Erfindung der Schrift, doch die Reichweite blieb begrenzt. Das verbesserte sich erstmals spürbar mit der Erfindung des leicht verfügbaren Papiers, das das seltene Pergament ersetzte. Noch viel deutlicher war die Wirkung von Gutenbergs Erfindung der Druckerpresse. Natürlich, Buchdruck war teuer, aber wer Geld hatte, konnte plötzlich mit Massen kommunizieren - und damit vielleicht sogar etwas verdienen. Der Aufstieg des Buch- und Zeitungsdrucks und der Aufstieg der bürgerlichen Revolutionäre gingen so Hand in Hand.

Im 20. Jahrhundert kam mit den elektronischen Medien der nächste große Schritt. Bert Brecht erträumte sich vom Radio, dass es eine umfassende Demokratisierung bringen würde. Dass alle Menschen mit allen Menschen reden könnten. Bekommen haben die Deutschen dann den billigen Volksempfänger für die Massen und die Reden des Führers. Was für eine Mahnung!

Information als Impulskanal ist an sich weder gut noch schlecht und schon gar nicht automatisch demokratiefördernd. Information als dominanter Impulskanal kann bisher unvorstellbare Weiterentwicklungen für demokratische Systeme bedeuten, aber auch die totale Diktatur. Dies ist ein Buch für AktivistInnen, die ersteres erreichen und zweiteres verhindern wollen.

Aus dem oben geschilderten blinden Flecken der politischen Ökonomie möchte ich für eine politische Kommunikationstheorie aber lernen und drei Feststellungen treffen, an denen ich mich im Rest des Textes orientiere.

Erstens: Information ist der in der Bedeutung steigende Impulskanal, deshalb wird er hier am Ausführlichsten untersucht. Aber die anderen drei Kanäle dürfen niemals ausgeblendet werden, auch sie sind zu untersuchen und immer mitzudenken.

Zweitens: Es gibt kein übergeordnetes Prinzip, weder göttlich noch natürlich, das automatisch zu einer optimal organisierten Gesellschaft durch Information führt.

Drittens: Dieser Text hat vermutlich einen blinden Fleck. Wenn sich der wichtigste Impulskanal der Gesellschaft von Beziehung über Gewalt und Entlohnung zu Information entwickelt, dann stehen wir jetzt vor dem entscheidenden, finalen Schritt. Das ist möglich, aber in Anbetracht der mehrere hunderttausend Jahre dauernden Geschichte des Homo Sapiens wäre das ein unwahrscheinlicher Zufall. Viel wahrscheinlicher ist, dass die Umstände um mich herum mich zu einer Theorie führen, die eben diese Entwicklung ins Zentrum stellt. Das ist legitim, weil es erlaubt, die aktuellen Veränderungen zu analysieren. In Zukunft wird es neue Fragestellungen geben, die ganz andere Theorien und Ansätze benötigen werden. Dieser Übergang wird sicher kein finaler Schritt sein.

#8 – Change Society

Der alte Gesellschaftsvertrag

In der politischen Theorie gibt es die Idee des Gesellschaftsvertrages, des Contrat Social, wie Rousseau ihn nannte. Warum fügen sich Menschen in Staaten und unter Regierungen, wenn wir doch alle frei geboren sind?

Weil wir Vereinbarungen treffen. Nicht explizit, schriftlich, juristisch eindeutig, sondern als informelles gemeinsames Verständnis davon, wie eine Gesellschaft funktioniert, warum wir zusammenarbeiten. Seit der Aufklärung muss man diese Vereinbarung rational begründen, siehe Weber.

"Der Staat schützt den Leben, dafür gehorchst du dem Herrscher bedingungslos", so hat zum Beispiel Hobbes vor langer Zeit den Gesellschaftsvertrag des Absolutismus beschrieben.

Tocqueville hat den Untergang des Feudalismus und den Aufstieg der Demokratie untersucht, in Frankreich und den Vereinigten Staaten. Sein Befund: Das Feudalsystem hat seine Funktionen verloren, als die bürgerlichen Kaufleute die Wirtschaft übernahmen und eine modernisierte Bürokratie die Verwaltung des Staates.

Der Adel nahm noch seine Privilegien, aber er gab nichts mehr. Also verlor er in den Augen der Bevölkerung die Legitimität und wurde durch Revolutionen abgeschafft. Bis der neue contrat social der Demokratien halbwegs stabil etabliert war, dauerte es aber Generationen.

Der letzte Gesellschaftsvertrag, den wir in Westeuropa hatten, war der des Sozialstaates: Du arbeitest hart und diszipliniert und zahlst deine Steuern, die Regierung investiert sie in ein besseres Leben. In Arbeitsplätze, Bildung, Sozialleistungen, Wohnungen, Pensionen, ein Gesundheitssystem für alle und moderne Infrastruktur. Nichts davon kannst du alleine aufbauen, aber gemeinsam geht's und der Sozialstaat ist das Vehikel. Es wird dir besser gehen und deinen Kindern wird es noch besser gehen, ihr werdet aufsteigen.

Dieser Vertrag ist gekündigt: Vom Staat, nicht von den ArbeitnehmerInnen.

Die zahlen noch die Steuern und Lohnnebenkosten, aber der Staat ist nicht mehr für sie da. Er rettet Banken statt Arbeitsplätze. Er fördert die Freiheit der Finanzmärkte statt jene der

Schulen und Universitäten. Er privatisiert sie, und dazu auch noch die Pensionsysteme, Krankenversicherungen und Spitäler, Energie- und Wasserversorgung, Eisenbahnen und Infrastruktur und so weiter und so fort. Das sind nun keine Bausteine der kollektiven Grundversorgung der Gesellschaft mehr, sondern profitorientierte Branchen.

Das geht so seit über einer Generation, seit die Jungen überhaupt etwas von Politik mitbekommen, und das alles, obwohl wir praktisch jedes Jahr Wirtschaftswachstum haben. Die Gesellschaft produziert immer mehr, und die ArbeitnehmerInnen bekommen immer weniger, das bleibt aus ihrer Sicht vom Gesellschaftsvertrag.

Den Liberalen war der Gesellschaftsvertrag des Sozialstaates immer zuwider, die Neoliberalen haben eine theoretische Alternative entwickelt: Den totalen Markt, der in seiner unfehlbaren Effizienz alles besser machen wird. Als sie das Konzept in den 60ern entwickelt haben, waren sie radikale Außenseiter. Sie brauchten 20 Jahre, um über Universitäten in Beraterzirkel rechter PolitikerInnen einzusickern, die die linken Organisationen und Gewerkschaften zerschlagen wollten. Sie brauchten weitere 20 Jahre, um die Mehrheit im politischen Funktionen und „wirtschaftsfreundlichen“ Redaktionen zu übernehmen, am traurigen Höhepunkt des Prozesses war Europa von Blair und Schröder sozialdemokratisch und neoliberal regiert.

Egal wer regiert, die Staaten schließen reihenweise Freihandelsabkommen und setzen gut bezahlte abgesicherte Arbeitsplätze in Konkurrenz mit sweat shops in Asien und radieren damit ganze Branchen aus: Obwohl jeder von uns mehr Klamotten als jede Generation zuvor kauft, ist die europäische Textilindustrie binnen weniger Jahrzehnte vernichtet worden. „Im internationalen Wettbewerb geht es letztlich allen besser“, diesen neuen Vertrag haben die Neoliberalen versprochen, aber dreißig Jahre später arbeiten die Frauen in Nähereien Bangladesch immer noch praktisch in der Sklaverei. Und durch Investitionsschutzabkommen verhindern westliche Konzerne, dass das je anders wird. Die Bangladeschier werden so nie auf ein Wohlstandsniveau kommen, das eine Näherei in Europa wieder konkurrenzfähig macht. Jene Frauen, die während der Arbeit an diesem Buch gekündigt wurden, als eine der letzten Textilfabriken Österreichs geschlossen wurde, wissen das. Es wird auch für sie nicht besser werden, das verspricht ihnen unsere Gesellschaft nicht mehr.

Dass das politische System bei der Mehrheit der Bevölkerung keine Autorität mehr genießt, ist daraus der einzig logische Schluss: Es liefert nicht mehr, es hat sie verraten, es betrügt sie jeden Tag aufs Neue.

Wie könnte ein neuer Gesellschaftsvertrag aussehen?

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Die repräsentative Demokratie geht in ihrer Konzeption davon aus, dass ich als Abgeordneter mit Menschen rede, mir ihre Meinungen anhöre, mir daraus eine eigene bilde und diese dann repräsentiere, also Delegation als Konfliktlösung. In ihrer heutigen Form mit

Parlamenten von Flächenstaaten, die gleichberechtigte Bürger vertreten, geht sie auf die französische und amerikanische Revolution zurück: auf das 18. Jahrhundert und seine Kommunikationsmöglichkeiten. Das Modell geht davon aus, dass ein Abgeordneter von den Menschen in seinem Wahlkreis gewählt wird, dann auf's Pferd steigt und nach Paris oder Washington reitet und dort im Parlament bestmöglich die Menschen seiner Heimat vertritt. Denn schließlich können nicht alle Bürger eines Flächenstaates in die Hauptstadt reisen, um selbst und persönlich ihre Meinung zu vertreten.

An direkte Demokratie, die in den antiken Stadtstaaten für ein eingeschränktes Publikum zumindest versucht werden konnte, war unter diesen Umständen nicht zu denken. Die repräsentative Demokratie war also eine Konsequenz der Kommunikationsmöglichkeiten des 18. Jahrhunderts. Der Engpass lag bei den Bürgern, die Repräsentanten waren eine Lösung dieses Problems.

Aber gibt es diesen Engpass noch? Können jetzt die Bürger nicht direkt miteinander kommunizieren und politische Entscheidungen aushandeln? twitter wird dafür keinesfalls reichen. Facebook wird nicht reichen, Blogs und YouTube und die Online-Foren von Zeitungen werden nicht reichen. Aber alles zusammen – und viele Möglichkeiten, die in den nächsten Jahren entstehen werden – werden irgendwann eine ausreichende Grundlage für (mehr) direkte Demokratie sein. Für eine aktive, partizipative Demokratie, die unseren neuen Koordinationsmöglichkeiten angemessen ist. Darum geht's.

Ich kenne viele Menschen, die große Bedenken gegen direkte Demokratie haben: Grundrechte könnten von Populisten ausgehöhlt werden, zum Beispiel. Nun, wie das geht haben VertreterInnen der repräsentativen Demokratie zum Beispiel in der syrisch-europäischen Flüchtlingskrise 2015/16 oft genug bewiesen. Machen Sie den Test: Es gibt vermutlich keine politische Entscheidung, die man direkter Demokratie zutrauen könnte, die von repräsentativen Demokratien nicht schon längst mindestens einmal getroffen worden wäre. Bis hin zum Atombombenabwurf auf Großstädte.

Das zweite Argument, das ich oft höre, betrifft die Arbeitsleistung, und das nehme ich ernster: Unsere Gesellschaften sind hochkomplex, es sind hunderte, ja tausende Gesetze notwendig, um sie zu regeln. (Es gilt nicht automatisch der Umkehrschluss, dass jedes Gesetz auch immer notwendig wäre.) Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich immer nur auf einige wenige Themen, ist manchmal sogar über Wochen monothematisch. Die Arbeit an all den weniger interessanten anderen Aufgaben muss aber auch vorangehen – weite Teile der Ausschussarbeit in Parlamenten sind sehr trockene Papierarbeit, die sehr viel Detailwissen erfordern. Als Europaparlamentarier arbeite ich immer nur an einigen Berichten konkret im

Detail. Andere Berichte bearbeiten meine Fraktionskollegen, wir stimmen uns ab und koordinieren uns, delegieren Aufgaben. Niemand kann alle Berichte gleichzeitig im Überblick haben... wir sind aber hauptberuflich tätig und haben einen Stab an MitarbeiterInnen. Noch viel weniger kann das die Gesamtheit der WählerInnen.

Für dieses Problem gibt es Lösungen, die Mischformen zwischen direkter und repräsentativer Demokratie darstellen. Vereinfacht gesagt: Es ist mit modernen Kommunikationsmöglichkeiten nicht mehr nötig, nur alle vier oder fünf Jahre einmal wählen zu gehen und dann danach diese Stimme nicht mehr ändern zu können. Ja, das war bei der Gründung unserer politischen Systeme, als unsere Verfassungen geschrieben wurden, die einzige organisatorisch umsetzbare Möglichkeit, um Millionen Menschen in Flächenstaaten abstimmen zu lassen.

Aber diese ehemalige Mammutaufgabe ist in der digitalisierten Welt nur noch eine organisatorische Kleinigkeit. Wir könnten ständig abstimmen – und für Themen, die wir nicht selbst bearbeiten wollen könnten wir ständig neu entscheiden, an wen wir unsere Stimme delegieren. Wir könnten unsere Stimme sogar in der Wirtschaftspolitik einer anderen Person als in der Umweltpolitik überlassen. Technisch ist das keine Hexerei.

Aber es gefährdet natürlich das jetzige System. Das wird nicht mit einem Schulterzucken weichen, der Ausbau der Demokratie wird eine zähe Auseinandersetzung.

Wie könnte der neue contrat social für eine moderne Demokratie in der Informationsgesellschaft aussieht? In etwa so:

Wir kooperieren als freie Menschen, wir erlauben niemandem, über uns zu herrschen. Daher darf niemand entscheidende Macht anhäufen und jede/r darf an Entscheidungen teilhaben. Aber dieses Recht bedingt eine Pflicht, die aktive Teilnahme. Kooperation heißt auch: Du wirst nicht bedient, indem andere die Arbeit für dich machen.

Die Konzentration von Macht und die #incomunicados

In jeder Struktur, in jedem Sozialsystem können Menschen mit unterschiedlicher Wirkung Impulse setzen. Es gibt Personen mit großem Einfluss und solche mit geringem. Das verschärft sich mit der Dauer der Existenz eines Systems, weil einige Menschen mit Einfluss ihre Impulse gezielt so setzen, dass dieser ausgebaut wird. Sie haben Macht und bauen ihre

Macht aus. Sie pflegen ihre Beziehungen, rüsten ihre Armeen auf, investieren ihren Reichtum, besorgen sich wichtige Informationen oder streuen diese in der Öffentlichkeit.

Macht will wachsen. Es ist nicht möglich, ein Sozialsystem zu schaffen, dass dagegen immun ist.

Ich bin Anarchist. Ich habe kein Interesse zu herrschen und ich will nicht beherrscht werden. Ich könnte das individuell für mich lösen, Rückzug als Konfliktlösung wählen und Aussteiger oder Autonomer werden. Allerdings halte ich das in unserer immer vernetzter werdenden Welt für eine Fiktion, ich kenne niemanden mehr, der das tatsächlich schafft. Für mich persönlich ist es auch nicht attraktiv, denn ich will mitten in der Gesellschaft leben, will sie ändern und nicht den Mächtigen überlassen.

Also brauche ich kollektive Konfliktlösungsmethoden, ich muss die Macht der Mächtigen einschränken – gemeinsam mit anderen.

Diese Anderen sind dieselben wie immer: die, die nur schwache Impulse setzen können, die wenig Macht haben, die incomunicados. In Elitenzirkeln sind das die Außenseiter, in Gewaltherrschaften sind es die Sklaven, die Unbewaffneten und oft genug die Frauen. Im Kapitalismus sind es die Armen.

Progressive Ideologien versuchen schon immer, die incomunicados zu verbünden und zum gemeinsamen Handeln zu bewegen. Nach der Entstehung der Industrie hat die Konzentration darauf den IndustriearbeiterInnen gegolten, in ihnen sah man das Bauvolk der kommenden Welt. Eine, wie ich finde, vollkommen richtige Strategie unter diesen Umständen.

Die Umstände ändern sich durch die Digitalisierung. Industriearbeit verliert an Einfluss, Information gewinnt an Bedeutung. Wenn Information tatsächlich der entscheidende Impulskanal der Zukunft wird, wenn das jetzt tatsächlich der entscheidende Umbruch ist, dann müssen wir zwei Fragen stellen: Wer kontrolliert diesen Kanal? Und: Wer sind die incomunicados, die nun kooperieren sollten?